

Kantone lehnen digitale AHV ab – droht nun das nächste IT-Debakel beim Bund?

27-Millionen-Projekt Bei der Digitalisierung der 1. Säule gibt es Widerstand von Kantonen und Ausgleichskassen.

Mit einer neuen E-Plattform will der Bundesrat die 1. Säule digitalisieren. So sollen Arbeitnehmende unter anderem ihren AHV-Kontostand künftig in Echtzeit abfragen können. Während sich der Nationalrat diese Woche dem geplanten Bundesgesetz namens BISS widmet, ist der Widerstand ausserhalb der Bundeshauskuppel gross: Kantone und Ausgleichskassen fürchten um ihren Einfluss.

Einiges erinnert an das IT-System der Arbeitslosenstellen, das wegen andauernder Probleme seit Monaten für Schlagzeilen sorgt. Auch hier waren zahlreiche Akteure aus Bund und Kantonen involviert und haben sich teilweise gegenseitig blockiert. So haben Kantone immer wieder IT-Anpassungen gefordert, die die Ar-

chitektur das System verkomplizierte und die Einführung mehrfach verzögerte.

Das neue IT-Grossprojekt steht unter Federführung des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV) und ist mit 27 Millionen Franken veranschlagt. Ab 2028 soll die Plattform schrittweise aufgeschaltet werden. Der Bund erhofft sich Einsparungen von jährlich bis zu 35 Millionen Franken. Diese ergäben sich, weil die Zentrale Ausgleichsstelle (ZAS) die Kontoabfragen künftig nicht mehr bei jeder der 76 Ausgleichskassen einzeln einholen und dann per Post verschicken müsste.

20 Kantone sind dagegen

Widerstand gegen das Projekt kommt vor allem von den Kantonen und den Ausgleichs-

kassen. Wie die Vernehmlassung im Dezember 2025 ergab, lehnen 20 der 26 Kantone das Projekt als «zentralistisch» ab. Ähnlich argumentiert die Konferenz der kantonalen Ausgleichskassen in ihrer Stellungnahme.

Bei den Ausgleichskassen dürften allerdings auch finanzielle Überlegungen eine Rolle spielen. Für jede Abklärung der Rentenhöhe erhalten sie aktuell 110 Franken aus dem AHV-Fonds. Mit der Einführung der automatisierten Anfrage fiel diese Entschädigung weg. Insgesamt gehe es dabei um Einnahmen von bis zu 12 Millionen Franken pro Jahr, schreibt das BSV auf Anfrage. Das Amt bestätigt auch Lobbying von einigen IT-Zulieferern der Ausgleichskassen gegen das Projekt. Diese befürchteten Auftragseinbussen,

wenn das Informationssystem bei der ZAS zentralisiert würde.

Experten begrüssen die geplante E-Plattform als wichtigen Schritt – hin zu mehr Standardisierung und Entbürokratisierung in der Sozialversicherung. Sie warnen jedoch, dass die Verantwortlichen aus den gescheiterten IT-Grossprojekten der öffentlichen Hand lernen müssen.

Schwierige Digitalisierung

Einer der Mahner bei IT-Projekten ist der frühere Direktor der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK), Michel Huissoud. In seinen 23 Jahren bei der EFK hat Huissoud zahlreiche Digitalisierungsprojekte geprüft. Die E-Plattform sieht er besser aufgestellt als frühere Projekte. Nachdem die Vernehmlassung die Widerstände

deutlich gemacht habe, könne das Parlament das Gesetz diese Woche ergänzen, «um die verschiedenen Akteure besser in den Prozess einzubeziehen», so der Jurist.

Auch Matthias Stürmer, Leiter des Instituts Public Sector Transformation der Fachhochschule Bern, sieht in der geplanten Einbindung einen wichtigen Schritt. Das Vorhaben bleibe jedoch schwierig, da unterschiedliche IT-Systeme und eine grosse Zahl an Akteuren mit Eigeninteressen involviert seien. In dieser Hinsicht erinnere die Situation ans IT-System Asal 2.0 der Arbeitslosenstellen. Dass der Bund die Digitalisierung der 1. Säule anpackt, findet er «mutig und wichtig». Die ökonomischen Vorteile einer «Zentralisierung sind hier absolut gegeben». Laut Stür-

mer, dessen Fachgebiet die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ist, hängt der Erfolg bei solchen Projekten nicht nur am technischen Können der zentralen Stelle. Sondern auch daran, dass alle Akteure Zugang zu den wichtigen IT-Informationen ihrer jeweiligen Systeme haben.

Leila Lamti, Projektverantwortliche beim BSV, weiss um die Hindernisse. Die promovierte Informatikerin ist dennoch optimistisch, «das Projekt im geplanten Budget- und Zeitrahmen abzuschliessen». Obschon der föderale Widerstand noch nicht ausgeräumt sei, hofft Lamti, dass die gesetzlich verankerte Einbindung der Akteure die Blockade lösen wird.

Annalena Müller